

„kleiner“ Pressespiegel: **Erdogans Invasion in Afrin:**

Eine Millionen Menschen, darunter mindestens 300 000 meist arabische Flüchtlinge, in einer der wenigen, bis jetzt noch unzerstörten, Regionen im Norden Syriens.

Der Tagesspiegel, 20.01.2018: Krieg gegen die Kurden in Syrien „Türkische Invasion in Afrin“

[...] Nach all den Massakern, Interventionen fast aller Mächte im Nahen Osten, der USA, Russlands, Aufstieg und Zerfall des „Islamischen Staates“ (IS) droht in Syrien abermals eine Wende – im letzten vom Krieg halbwegs verschonten Flecken des Landes: im multiethnischen Afrin, einem Kanton im syrischen Nordwestens. Am Sonnabend ist der türkische Angriff auf Afrin durch Ankaras Luftwaffe begleitet worden. Flugzeuge überflogen die mehrheitlich kurdische Region. Während Ankaras Staatschef Recep Tayyip Erdogan vor Anhängern seiner islamischen AKP die „Operation Olivenzweig“ genannte Bodenoffensive ankündigte.

[...] Afrin ist von Islamisten, protürkischen Milizen und der Landesgrenze fast eingeschlossen. Dort regiert seit Kriegsausbruch eine Koalition aus oft säkularen Kurden, orientalischen Christen, arabischen Muslimen unter Führung der sozialistischen PYD. Die gilt als Schwesterverband der Kurdischen Arbeiterpartei PKK – dem Erzfeind Ankaras.

Afrin gehört zu Rojava, jener Zone an der türkischen Grenze, die sich 2016 für autonom erklärte. Nun stoßen mit Ankaras Hilfe protürkische Milizen, turkmenische Stämme und der islamische Flügel der Freien Syrischen Armee nach Afrin vor. Wie viele Tote es am Wochenende gab, ist unklar. **Bislang hielten die Amerikaner zur Rojava-Koalition, schon weil die Kurden am engagiertesten gegen den IS kämpften.**

Russland duldet das kurdische Projekt. [...]

Der Westen mag Säkulare? Offenbar nicht

Wenn sich eine säkulare, multiethnische Koalition aus einem Bürgerkrieg heraushalten möchte und durch geschickte Bündnispolitik eine Autonomiezone verteidigt, dann könnte man meinen, im Westen werde das goutiert. Offenbar nicht.

Die Bundesregierung, die Spitzen der Europäischen Union ja selbst die US-Führung haben nicht auf die Intensivierung der türkischen Angriffe auf das syrische Afrin reagiert. Immerhin hatten die USA zuvor sinngemäß erklärt, sie lehnen die Militäraktion Ankaras ab. [...] Doch Erdogan wurde noch am Sonnabend deutlich: Nach der Afrin-Offensive werde er Manbidsch angreifen lassen. Auch dort regiert die Rojava-Koalition und ihre YPG-Einheiten. Die USA hatten vor allem YPG im Kampf gegen den „Islamischen Staat“ aufgerüstet.

Nun scheint es, als würden Syriens linke Kurden vom Westen fallen gelassen wie vor einigen Monaten schon Iraks konservativere Kurden. Sich im Kampf gegen Tyrannen und Klerikale auf die Demokratien im Westen stützen? Besser nicht.

Die YPG-Spitze erklärte zwar, die türkische Armee werde nicht siegen können. Immerhin leben mehr als eine Millionen Syrer in Afrin. Zudem ist unklar, ob die USA nicht doch noch Erdogan zurechtweisen werden. Und: Erdogan riskiert auch im eigenen Staat einen Kurdenaufstand. Im Nahen Osten leben fast 30 Millionen Kurden in vier Staaten. Europaweit demonstrierten am Sonnabend linke Kurden gegen den türkischen Angriff. *[Und überall, außer in Deutschland, mit den nur in Deutschland verbotenen Symbolen.]*

Türkische Soldaten haben Nordsyrien schon besetzt

Türkische Soldaten operieren seit Jahren in Syrien. Östlich von Afrin unterhält Ankara eine De-facto-Besatzungszone. Dort wird in Schulen schon Türkisch gelehrt, Erdogan-Bilder zieren Gebäude. [...]

Und die Bundesregierung? Zuletzt hieß es, man unterstütze die Türkei wieder mit Waffentechnik von Rheinmetall. Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) hatte sich nicht umsonst mit seinem Amtskollegen

Mevlüt Cavusoglu getroffen. Für die Proteste dieser Tage in Deutschland ist zudem erheblich, **dass die PKK nach wie vor in keinem EU-Staat so scharf verfolgt wird wie hierzulande** [Auf „Wunsch“ der Türkei].

stern, 18.01.2018: Rüstungsexporte „Panzerlobby kann auf Türkei-Deal hoffen“

Bevor Außenminister Sigmar Gabriel öffentlich einen Panzerdeal mit der Türkei verteidigte, traf er den Chef des Rüstungskonzerns Rheinmetall. Der Bau einer Panzerfabrik in der Türkei rückt näher, trotz aller Dementis.

[...] Eigentlich hatte die Bundesregierung wegen der Menschenrechtsverletzungen unter Präsident Recep Tayyip Erdoğan angekündigt, weniger Rüstungsexporte Richtung Türkei zu erlauben. Und eigentlich ist die Menschenrechtssituation am Bosphorus gleichbleibend schlecht. So sehen es selbst Parteifreunde von Gabriel im Bundestag. "Ich halte wenig davon, in der gegenwärtigen Situation Rüstungsgüter in die Türkei zu liefern", sagt etwa der SPD-Bundestagsabgeordnete Thomas Hitschler. Noch schärfer formuliert es die Grünen-Verteidigungsexpertin Agnieszka Brugger: "Die schlimme Menschenrechtssituation in der Türkei und das gewaltsame Vorgehen der türkischen Regierung gegen die Kurden verbieten jeden Rüstungsdeal mit Präsident Erdoğan", sagt sie.

Lobbyerfolg für Rheinmetall

[...] Selbst für den seit fast einem Jahr inhaftierten "Welt"-Journalisten Deniz Yücel gibt es neuerdings Hoffnung. Der lehnt zwar "schmutzige Deals" ab und will seine Freilassung nicht "mit Panzergeschäften von Rheinmetall oder dem Treiben irgendwelcher anderen Waffenbrüder befleckt wissen. [...]

Arbeiten für mutmaßliche Panzerfabrik schreiten voran

Eine Özgür-Journalistin besuchte am Wochenende das Areal [...] Videoaufnahmen seien hier verboten, ermahnten Mitarbeiter vor Ort die Reporterin.[...]

Der Tagesspiegel, 24.09.2017: Referendum für Kurdistan:

Bundesregierung setzt auf Restauration statt Fortschritt

[...] Doch die Bundesregierung hilft den Klerikern, Monarchen, Despoten. Eine Analyse. [...] Nach dem Flüchtlingsdeal mit Erdogan wurde das PKK-Verbot in Deutschland auf Symbole der syrisch-kurdischen PYD ausgeweitet, jene Partei, deren Logo in Syrien auch von US-Soldaten getragen wird.

In Belgien und Skandinavien wird die PKK nicht verfolgt

Inzwischen beabsichtigt die Bundesregierung, sogar Öcalan-Konterfeis auf Demonstrationen zu verbieten. Dass selbst in der CDU einige über eine Neubewertung der PKK nachdachten, weil sie in Nahost die verfolgten Christen schützt, wird die Lage kaum ändern: Rheinmetall will mit den Türken bald gemeinsam Waffen fabrizieren. Dabei geht es anders. In Belgien stellte ein Berufungsgericht in einem Prozess um kurdische Aktivisten fest: Die PKK ist keine Terrororganisation, sondern eine legitime Kriegspartei. In Skandinavien sieht man das ähnlich. [...]

Ohne die Öcalan-nahen Kurden in Syrien gäbe es:

- kein befreites Kobane, erster erfolgreicher Rückschlag gegen den „IS“-Terror.
- keine zehntausende, gerettete Eziden aus dem Shengal (Sinjar) / Irak nach Syrien.
- keinen bisher friedlichen Alltag in den 3 kurdischen Kantonen: Cizire, Kobane, Afrin
- keine erfolgreichen Bodenkämpfer (wie in Rakka) gegen den „IS“-Terror in Syrien.

**Wir brauchen eine freie und unabhängige Neubewertung der PKK, auf Grund ihrer Leistungen und unserer Werte, ohne den Einfluss oder Druck aus der Türkei !
Schluss mit dem deutschen Alleingang und mit der Kriminalisierung der Kurden und ihrer Freunde, mit tausenden polizeilichen Vorladungen und Ermittlungsverfahren, nur hier !**